

Sachbuch

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **77 (1997)**

Heft 12-1

PDF erstellt am: **15.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Detmar Doering

KEINE CHANCE FÜR EIN EUROPA DES WETTBEWERBS?

Lüder Gerken's Sammelband «Europa zwischen Ordnungswettbewerb und Harmonisierung»

Der europäische Einigungsprozess, wie er sich nach «Maastricht» darstellt, weckt vielfach Ängste. Meist geht es dabei um die in Deutschland allseits – nicht ganz zu Unrecht – gefürchtete Abschaffung der DM zugunsten des «Euro». Der ordnungstheoretische Aspekt, der mindestens ebenso zu bedenken wäre, wird hingegen sträflich vernachlässigt.

Der vom Direktor des Walter Eucken Instituts, Lüder Gerken, herausgegebene Band «Europa zwischen Ordnungswettbewerb und Harmonisierung» nimmt sich dieses Problemkreises an. Ganz in der Tradition Walter Euckens steht dabei auch das Wechselspiel von wirtschaftlichem und politischem Prozess im Vordergrund. Was sonst einer Buchpublikation weniger zum Vorteil gereicht, schlägt hier durchaus positiv ins Gewicht, nämlich, dass es sich um einen Sammelband von Beiträgen einer Konferenz handelt.

Aneinander vorbeigeredet?

Die Tatsache, dass in dem Band Menschen verschiedener Meinung und Provenienz diskutieren, verleiht ihm nicht nur Sachlichkeit, sondern erlaubt erstmals eine tiefere Diskussion zwischen europapolitischen Praktikern, der Politprominenz aus Bonn und ihren überaus zahlreichen liberalen und marktwirtschaftlichen Kritikern. Bis jetzt redeten akademische Experten und praktische Politiker in Sachen Europapolitik mehr als in anderen Bereichen aneinander vorbei. Nun ist es dem Herausgeber gelungen, hochrangige Repräsentanten beider Seiten zu gewinnen – die Vertreter von «Brüssel» unter anderem mit Euro-Kommissar Karel van Miert, die Bonner Prominenz mit Rupert Scholz, die liberalen Ökonomen mit Herbert Giersch. Es ist alles in allem eine beachtliche Zu-

sammensetzung von Autoren, die das Buch auszeichnet.

Harmonisierung versus Wettbewerb der Systeme

Der Begriff «Harmonisierung» bezeichnet in der europapolitischen Diskussion ein Kernproblem. Die Frage lautet: Was soll in der Wirtschaftspolitik überhaupt durch die zentrale Ebene vereinheitlicht werden, und was kann durch die Einzelstaaten oder andere Ebenen (bis hin zu Privatinitiative) erledigt werden? Diese Frage ist wohl die wichtigste überhaupt in bezug auf den Ordnungsrahmen der künftigen europäischen Wirtschaftspolitik.

Die diesbezüglichen tiefgreifenden Differenzen zwischen Ökonomen und Politikern entstehen dadurch, dass in «Maastricht» versäumt wurde, dem magischen Zentralbegriff der Diskussion, *Subsidiarität*, eine klare Bedeutung zu geben. Hier setzt denn auch generell die liberale Kritik ein. So argumentiert Manfred E. Streit (Max-Planck-Institut, Jena), dass die Regelungen von Maastricht eine Minderheit des «Wettbewerbs der Systeme» zur Folge hätten. Dadurch würden langfristig die Effizienz der Politik und die Anreize zur Deregulierung geschwächt, während sich zugleich die Interessenten hochregulierter Länder (etwa der Bundesrepublik) europaweit durchsetzten. Obwohl die Kommission dies ansatzweise selbst erkannt habe, würde die Politik noch immer vom Wettbewerb der Regelsysteme in Richtung Harmonisierung drängen.

Ähnlich Klaus Büniger (Bundeswirtschaftsministerium): Die Steuerharmonisierung müsse sorgfältig auf einige Gebiete beschränkt werden. So sei wettbewerbs-technisch eine Harmonisierung im Bereich der Einkommens- und Körperschaftssteuer

Der Autor dieser Rezension ist stellvertretender Leiter des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung in Bonn.

Lüder Gerken (Hrsg.): Europa zwischen Ordnungswettbewerb und Harmonisierung. Europäische Ordnungspolitik im Zeichen der Subsidiarität. Springer, Berlin/Heidelberg 1995, 344 S.

abzulehnen. Dagegen sei im ökologischen Bereich eine einheitliche CO₂-Steuer sinnvoll und würde weniger Wettbewerbsverzerrungen bewirken als ein Alleingang einzelner Staaten.

Roland Vaubel (Universität Mannheim) schliesslich untersucht mit den analytischen Instrumenten der neuen *Constitutional Economics* die (unbeabsichtigten?) zentralisierenden Tendenzen, die dem bisherigen Verfassungsarrangement unterliegen. Sie liessen einen tiefen Pessimismus zu. So bewirke etwa das Initiativmonopol der Kommission, dass Verlagerungen von Kompetenzen mit grosser Wahrscheinlichkeit in Richtung Zentralismus stattfänden. Aufgrund der so ausgerichteten Anreizstruktur müsse eine Reföderalisierung schon einem Akt des Selbstverzichts seitens der Kommission gleichkommen. Unter diesen Umständen sei die Gefahr des Zentralismus auch dann nicht gebannt, wenn zu Beginn durch die Revisionskonferenz der europäischen Regierungen («Maastricht II») tatsächlich ein genuin subsidiär strukturiertes Verfassungsmodell installiert würde, das sowohl den Wettbewerb auf dem Markt als auch zwischen den politischen Systemen fördere.

Wettbewerbsföderalismus

Der teilweise schon jetzt hochzentralisierte europäische Politikapparat hat im Laufe der Zeit so viele elementare Regelungskompetenzen an sich gezogen, dass einem ordnungspolitisch systematischen Rückzug oder einer strikt konstitutionellen Neuordnung bereits zu viele fest etablierte Interessengruppen und -lagen entgegenstehen. Zudem werden wohl auch jene Politiker, die im eigenen Land Erfahrung mit föderalen Systemen gemacht haben, zunächst ihre Schwierigkeit mit dem Gedanken eines echten Wettbewerbsföderalismus haben. Zu sehr ist selbst in vermeintlich föderalistischen Ländern wie Deutschland seit langem ein Typ von Föderalismus verwurzelt, der häufig als «kooperativer Föderalismus» firmiert, von Ökonomen aber oft (wesentlich ehrlicher) «zentralistischer Föderalismus» genannt wird. Im «kooperativen Föderalismus» geht es eher um die Mitwirkung der unteren Ebenen an Beschlüssen der «Zentrale». Regelungsharmonisierung und das Anwachsen von Transfers zwischen den Ebenen sind, wie das Beispiel

.....

Wettbewerbs-
föderalismus
basiert auf realer
Subsidiarität
durch exklusive
und unteilbare
Kompetenz-
zuweisungen.

.....

der Bundesrepublik beweist, Hauptmerkmal eines solchen Systems. Wettbewerbsföderalismus basiert dagegen auf realer Subsidiarität durch exklusive und unteilbare Kompetenzzuweisungen. Insbesondere würde dabei ein höheres Mass verantwortlichen Finanzgebaren hergestellt, da die Möglichkeit der «Abschiebung» von Kosten dieses politischen Fehlverhaltens deutlich minimiert würde.

Solange der «kooperative» Föderalismus als Modell für die praktische Politik noch in den Köpfen verankert ist, besteht für die Realisierung solcher Vorstellung nur eine geringe Chance. Auch Gerken spricht in seinem Beitrag von einer «systematischen Verzerrung zugunsten der Gemeinschaft», die dafür Sorge, dass «in der längeren Frist der leistungsbezogene Ordnungswettbewerb durch Harmonisierungen zunehmend ausgeschaltet wird.» Ob es deshalb nicht schon zu spät ist, Gerkens Vorschlag aufzunehmen, eine unabhängige Instanz zur Verhinderung wettbewerbsfeindlicher Zentralisierungsprozesse einzurichten, bleibt abzuwarten.

Mehr Demokratie für Europa

Eine Möglichkeit, die Widerstände gegen eine subsidiär ausgerichtete marktwirtschaftliche Neuordnung der EU zu überwinden, wäre die Befragung der eigentlichen Betroffenen, der Bürger Europas. Es sei schon ein Makel des deutschen Grundgesetzes gewesen, argumentiert Vaubel, dass darüber nie eine Volksabstimmung erfolgte. Etliche der Experten fordern daher etwas, das die politische Klasse zu fürchten scheint wie der Teufel das Weihwasser – eine Volksabstimmung zu «Maastricht». Ein Beitrag zum Abbau des allseits beklagten «Demokratiedefizits» der EU wäre so geleistet. Die Chancen dazu stehen vielleicht gar nicht schlecht. Auch in Deutschland, wo die politische Klasse der plebiszitären Demokratie traditionell schroff ablehnend gegenübersteht, scheint die Lust auf mehr Direktdemokratie gewachsen zu sein.

So bleibt als Fazit: Der Band «Europa zwischen Ordnungswettbewerb und Harmonisierung» hat eine Debatte eröffnet, die möglichst bald in eine breitere Öffentlichkeit getragen werden sollte. Ob dabei die Zeit noch ausreicht, um das allgemeine Aneinandervorbeireden zu beenden, bleibt nur zu hoffen. ♦

Robert Nef

DENKANSTÖSSE – UNMUT UND BLOCKIERUNGEN

Wer das öffentliche Interesse an grundsätzlichen Fragen nach der Zukunft unserer Gesellschaft an der Anzahl Publikationen messen würde, welche jährlich darüber erscheinen, käme zu einem allzu optimistischen Ergebnis. Es gibt zwar viele Ideenproduzenten, die offensichtlich auch Herausgeber und Verleger finden – und umgekehrt. Aber dieses extravertierte Bedürfnis, in Sammelbänden, Manifesten, Programmentwürfen, Streitschriften und Abhandlungen als Nachdenker, Vordenker und Umdenker in Aktion zu treten, verhält sich umgekehrt proportional zur Bereitschaft und zur Möglichkeit der Adressaten, Veränderungen zu bewirken. Was an Ideen produziert und publiziert wird, übersteigt bei weitem die Nachfrage an Kenntnisnahme, Kritik, Reflexion und Umsetzung.

Liegt es nur am Unmut eines widerpenstigen Adressatenkreises oder auch an den Schreibenden, die nur einseitig kommunizieren? Vortragen ist leicht, hinhören und hineinfragen anspruchsvoll.

Machen wir eine Probe aufs Exempel: Fragen wir einmal die zahlreichen Autoren von kürzlich publizierten Sammelbänden¹, ob es ihnen möglich sei, wenigstens die Beiträge ihrer Mitautoren sorgfältig zu lesen und allenfalls darüber zu diskutieren oder gar zu korrespondieren. Je ehrlicher die Antwort, desto ernüchternder wird sie sein. In der Regel «ist man leider noch nicht dazugekommen, hat sich aber fest vorgenommen, alle Beiträge noch einmal gründlich zu lesen». Aber wer soll denn wirklich das Interesse und die Zeit haben, «das Ganze ganz zu lesen», wenn schon die Mitautoren gegenseitig kapitulieren? Bleibt noch die Hoffnung auf die «Berufleser», die Rezensenten. Auch hier wäre der Befund bei einer Analyse ehrlicher Antworten – wenigstens im Bereich der Sachbücher – ernüchternd. Rezensionen sind ganz selten mehr als Leseempfehlungen oder Verrisse, die sich auf Verlagsprospekte, Klappentexte, Inhaltsangaben, Prima-vista-Sympathien oder -Antipathien stützen. Nach einer – aus Zeitgründen –

meist oberflächlichen Durchsicht muss sich der Rezensent entscheiden, ob seine Rezension nun eine Pflichtübung, ein Freundesdienst oder eine Abrechnung sein soll.

Wer selbst publizistisch auf der Produzentenseite steht, sollte sich hüten, die Schuld an der nicht stattfindenden Rezeption seiner Ideen primär bei seiner Leserschaft bzw. bei seiner Nichtleserschaft zu suchen. Offensichtlich gibt es eine Reihe von Gründen, dem Mut und den Herausforderungen der Schreiber mit dem Unmut der zum Lesen eingeladenen Adressaten zu begegnen.

«Mut zum Aufbruch» – mehr Kritiker als Leser

Ein eindrückliches Beispiel einer zum Teil gestörten und zum Teil gar nicht aufgenommenen Kommunikation zwischen Autoren und Adressaten ist die Ende 1995 publizierte Broschüre mit dem Titel «Mut zum Aufbruch»², auf welche die Medien und die politische Öffentlichkeit im allgemeinen mit grösstem Unmut reagiert haben. Nach dem ersten Sturm der Entrüstung wollte sich niemand mehr mit den zahlreichen konkreten Vorschlägen zur wirtschaftspolitischen Agenda der Schweiz befassen, weder kritisch noch zustimmend. Es trifft zu und ist von den Autoren auch nie in Abrede gestellt worden, dass die meisten Vorschläge keineswegs erstmals auf der politischen Traktandenliste erscheinen. Sie sind ausserhalb der Schweiz auch von niemandem als besonders brisant oder provokativ empfunden worden. «*«Mut zum Aufbruch» hätte in der Bundesrepublik auch von einer Kommission aufgeschlossener Gewerkschafter publiziert werden können*», sagte mir ein Kollege. Tatsächlich ist es wohl weniger der Inhalt der Broschüre, als die einseitig zusammengesetzte Herausgeberschaft, welche eine rationale Diskussion erschwert hat und die Agenda auch bei den etablierten bürgerlichen Politikern nicht zum Thema werden liess. Das harzige parteipolitische

1 Vgl. z. B. *Endzeit für Kleinstaaten?, Volkshochschule des Kantons Zürich* (Hrsg.), utzinger/stemmle Verlag, Zürich 1996; *Herausforderung Standort Schweiz, Wirtschaftswissenschaftlicher Verband* (Hrsg.), utzinger/stemmle Verlag, Zürich 1996; *Kreativität – Wirtschaft – Recht*, Najib Harabi (Hrsg.), Zürcher Hochschulforum, Verlag der Fachvereine, Zürich 1996; *Zwischenbilanz, Helvetische Ein- und Aussichten, «Aus dem Wochenbericht der Bank Julius Bär»*, Haumesser Verlag, Zürich 1995; *Peter Zweifel, Dario Bonato, Christoph Zaborowski: Soziale Sicherung von morgen, Ein Vorschlag für die Schweiz*, Paul Haupt Verlag, Bern usw. 1996; *Die Zukunft der Freiheit in der Wirtschaft, Vereinigung für freies Unternehmertum*, Meier + Cie, Schaffhausen 1995; *Wolff Linder, Prisca Lanfranci, Ewald R. Weber* (Hrsg.): *Schweizer Eigenart – eigenartige Schweiz, Der Kleinstaat im Kräftefeld der europäischen Integration*, Haupt Verlag, Bern 1996; *Die Schweiz als Wille und Vorstellung, Beiträge zu einem Dauerthema, Jahrbuch 1994/95 «Die Schweiz» der NHG, Sauerländer, Aarau 1996.*

2 *Mut zum Aufbruch, Eine wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz*, David de Pury, Heinz Hauser, Beat Schmid (Hrsg.), Orell Füssli, Zürich 1995.

Ringen im Bereich der Deregulierung, der Sanierung der Staatsfinanzen und der Reform des Sozialstaats hat keinen neuen Spielraum erlangt, im Gegenteil, die Fronten haben sich verhärtet. Diese Situation ist weder von den Verfassern noch von den Herausgebern der Broschüre direkt verursacht worden. Die Gründe liegen tiefer, sie sind aber zu berücksichtigen, wenn es in Zukunft darum geht, nicht nur richtige Postulate aufzustellen, sondern auch deren Aussicht auf einen mittel- und langfristigen Erfolg in einem grundlegenden Reformprozess zum Gegenstand eigener Überlegungen zu machen. Die Chancen für eine umfassende Sanierung der Staatsfinanzen sind in einer auf Umverteilung basierenden Demokratie, in welcher mehr als 50 Prozent der Aktivbürgerschaft auch Nutzniesser und Klienten des Wohlfahrtsstaats sind, aus einsichtigen Gründen eng begrenzt. Wer nach der *public choice*-Theorie als Wähler primär den eigenen Nutzen optimiert und wer die finanziellen Probleme der nächsten Generation ignoriert oder verdrängt, hat keinen Grund, das jetzige Umverteilungssystem zu ändern. Ein «schrittweiser Ausbau zu Lasten der Reichen» ist – fast grenzenlos – populär, so dass der sozialdemokratische, wohlfahrtsstaatliche Konservatismus breiteste Kreise anspricht. Wer es wagt, ihn aufgrund von harten Fakten grundsätzlich in Frage zu stellen, wird als Antisozialer, als ökonomistischer Ideologe, als Bösewicht und Spielverderber gebrandmarkt. Der Versuch, den Sozialstaat aus dem Bankrott herauszuführen, mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen und daher auf das Prinzip der Notwendigkeit zu konzentrieren, wird in der parteipolitischen Polemik zum antisozialen «Liquidationsversuch» im Interesse einiger Millionäre.

Ein schon vor «Mut zum Aufbruch» konzipiertes Buch über den Sozialstaat³ mit einer Anzahl von sehr bedenkenswerten Vorschlägen – grösstenteils ausserhalb der im «Weissbuch» angesprochenen Thematik – ist von den Herausgebern als «Gegenmanifest» etikettiert worden. Eine vergleichende Lektüre der beiden Publikationen zeigt zwar einen unterschiedlichen Gehalt an Allgemeinverständlichkeit (zugunsten des «Weissbuchs»!), aber kaum einen unüberwindlichen ideologischen

.....

*Der Versuch,
den Sozialstaat
aus dem
Bankrott heraus-
zuführen, mit
dem Prinzip der
Nachhaltigkeit
in Einklang zu
bringen, wird
in der partei-
politischen
Polemik zum
antisozialen
«Liquidations-
versuch» im
Interesse einiger
Millionäre.*

.....

3 Soziale Fragen an der Schwelle zur Zukunft, Neue Strategien für sozialtätige Organisationen und ihre Mitwirkenden, Dieter Stemmlé (Hrsg.), Landeskonzferenz für ein Sozialforum Schweiz, Haupt, Bern 1996.

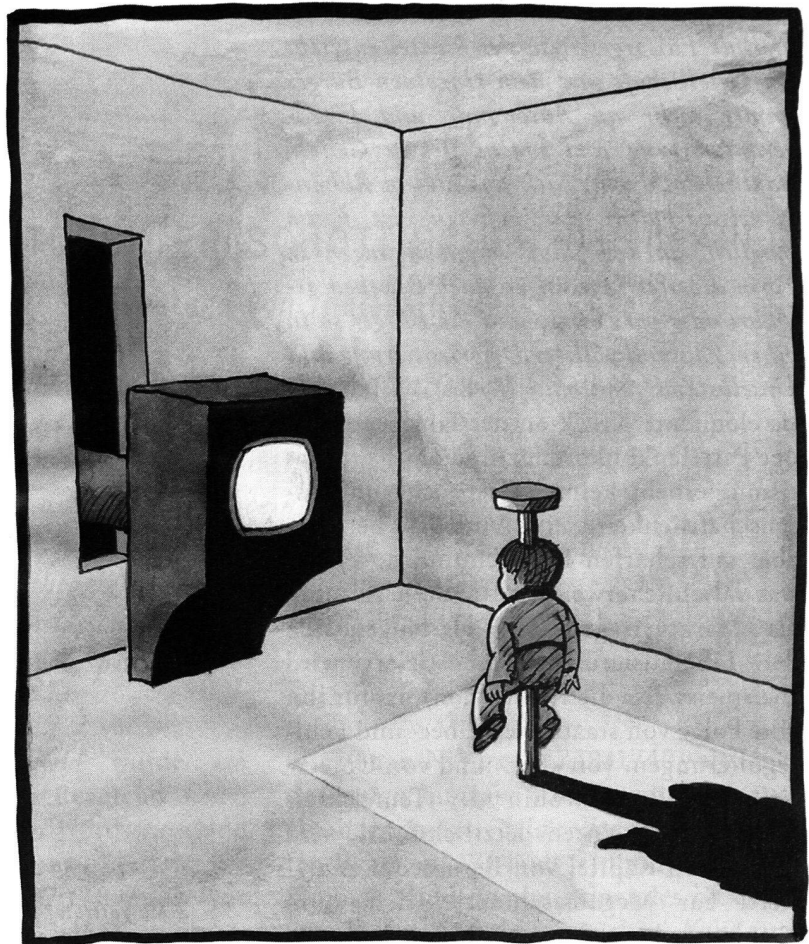
Gegensatz. Wollen da Politiker und Rezensenten einen Dialog erschweren, der unter Fachleuten ganz sachlich zu führen wäre, wenn man sich endlich vom ideologisierten und moralisch aufgeladenen Begriff «sozial» lösen würde? Oft ist gerade jenes mittel- und langfristig effektiv asozial, was von den Promotoren eines weiter auszubauenden Sozialstaats als besonders sozial angepriesen wird. Soziale Verhaltensweisen, die nur unter dem Druck von staatlichem Zwang entstehen oder überleben, sind in vielen Fällen in ihrer Wirkung antisozial. Das haben auch viele in der Sozialarbeit Engagierte in der Praxis erlebt, und das ist auch ein Grund, warum die Freiwilligkeit und das Nicht-Gouvernementale in diesen Kreisen durchaus eine Renaissance erlebt (Vgl. dazu den Beitrag von A. Simon und B. Stemle: «Die neue Freiwilligkeit».)

Ein Teil der Herausgeberschaft des «Weissbuchs» hat sich möglicherweise von der Heftigkeit der Reaktionen allzusehr einschüchtern lassen und erweckt nun den falschen Eindruck, ihr Alarm sei ein Fehlalarm gewesen. Vielleicht wird ein konstruktiver Dialog mit den Wohlfahrtsstaats-Konservativen eher unter dem Stichwort «Arbeitsmarkt» als unter dem Stichwort «Wirtschafts- und Sozialpolitik» in Gang kommen. Wer die Broschüre unter diesem Gesichtspunkt liest, wird nämlich feststellen, dass sie eigentlich nichts anderes ist als ein liberales Programm gegen die Arbeitslosigkeit, ein Programm, das den Arbeitsmarkt zugunsten der Arbeitssuchenden deblockieren soll. Für ein solches Programm müssen heute gar keine ideologischen Gründe mehr ins Feld geführt werden. Der glaubwürdige Hinweis auf positive Erfahrungen und auf einschlägige Zahlen müssten eigentlich genügen: Mehr Markt, weniger staatliche Interventionen und weniger Umverteilung mit der Giesskanne. Was ist zu tun, um der inhaltlich richtigen, für viele schmerzhaften und unpopulären Botschaft jenen Rückhalt zu verschaffen, den sie braucht, um in einer Demokratie konsensfähig zu werden? Die Zeit drängt und die Rezepte fehlen. Es gibt aber diesbezüglich einige Erfahrungen, denn die Schweiz ist weder das erste noch das letzte Land, das den Weg aus der Falle des Wohlfahrtsstaates finden muss. Andersons hat man es aber auf der linken

Seite häufig mit aufgeschlosseneren Gesprächspartnern zu tun, welche nicht auf dem Niveau linkspopulistischer Pamphletisten diskutieren, wie dies etwa im «Sachbuch» mit dem Titel «Das Geschwätz von der freien Marktwirtschaft» geschieht, einer weitem «Antwort» auf das «Weissbuch»⁴. Deutsche und englische Sozialdemokraten haben dieses Niveau der Anti-Markt-Polemik längst hinter sich gelassen. In Neuseeland hat der pragmatische Labour-Politiker *Roger Douglas* die entscheidenden politischen Schritte zur Gesundung der Staatsfinanzen initiiert. Noch warten wir in der Schweiz vergeblich auf eine Integrationsfigur ähnlicher Statur und Akzeptanz. Aber möglicherweise wären auch unter den aufgeschlossenen und vernünftig argumentierenden Genossinnen und Genossen Gesinnungsgenossen zu finden, welche den «Mut zum Aufbruch» mittragen und mitvollziehen, wenn man den ideologischen Ballast auf beiden Seiten abwirft.

Zwei Tessiner im Dialog

Ein zu wenig beachtetes Buch mit dem nicht gerade bescheidenen Titel «Manifest für eine liberale Gesellschaft» hat in dieser Beziehung den richtigen Weg beschritten⁵. Es ist gemeinsam von zwei Tessinern verfasst worden, vom Financier *Tito Tettamanti* und vom ehemaligen Gewerkschaftssekretär *Alfredo Bernasconi*. In seinem Vorwort erwähnt *Sven Papcke* drei Vorzüge des Buchs, seine Aufforderung zum Umdenken aus Einsicht in die Notwendigkeit von Veränderungen, seinen Appell für mehr Beweglichkeit und für eine Revitalisierung der Politik und den Hinweis auf die wirtschaftliche Bedeutung des Muts zum Risiko. Tettamanti diagnostiziert in der europäischen Gesellschaft drei Phänomene, welche unser Zusammenleben zunehmend zum Problem werden lassen: den korporatistischen Filz zwischen Politik, Wirtschaft und Monopolmedien, den (oft faulen) Kompromiss der organisierten Interessen und die Verkümmern sozialer Zuwendung. (Im italienischen Original lauten die «drei Übel»: *neocorporativismo, consociativismo e la degenerazione della socialità.*) Italien liefert diesbezüglich auch besonders anschauliche und krasse Beispiele, die allerdings keines-



Tomi Ungerer: Festgenagelt. Quelle: Gewalt und Fürsorglichkeit. Vontobel-Stiftung, Zürich 1996.

wegs als «italienische Spezialität» angesehen werden dürfen. An der Wurzel der drei Übel lokalisiert Tettamanti «jene dirigistische, interventionistische und planorientierte Politik», für die er allerdings nicht nur die Linke verantwortlich macht. Sie wurde – so Tettamanti – «auch von vielen, die sich für Liberale hielten oder als solche ausgaben, in törichter Weise propagiert» (S. 54).

Zu den ursprünglichen Funktionen der Sozialpolitik und deren Pervertierung steuert Bernasconi ein theoretisch und empirisch breit abgestütztes Kapitel bei, in welchem zwar nicht der Sozialstaat als solcher, aber der bevormundende Wohlfahrtsstaat mit seinem «ausufernden Fürsorgesystem» einer scharfen Kritik unterzogen wird. (Das Kapitel wird wegen eines ärgerlichen Druckfehlers im Inhaltsverzeichnis der Autorschaft Tettamantis zugeordnet. Der Leserschaft der deutschen Übersetzung bleibt so die Pointe verborgen, dass die Radikalkritik am bestehenden Wohlfahrtsstaat und die Skizzierung einer neuen Sozialpolitik gerade nicht von Unternehmenseite erfolgt.) Es steht hier

⁴ *Das Geschwätz von der freien Marktwirtschaft*, Urs Gasche, Hanspeter Guggenbühl, Werner Vontobel, Rio Verlag, Zürich 1996.

⁵ *Tito Tettamanti/ Alfredo Bernasconi: Manifest für eine liberale Gesellschaft*, aus dem Ital. übersetzt, Ammann, Zürich 1996.

die bemerkenswerte Passage: «Das ausufernde Fürsorgesystem des Staates entzieht der Gesellschaft und dem einzelnen Bürger immer mehr an Autonomie und Eigenverantwortung und macht sie zu Geiseln staatlicher Macht. Sich aus diesem Abhängigkeitsverhältnis zu befreien, ist kaum möglich, da der Staat Vergünstigungen in Form diverser Leistungen nach Belieben gewährt oder verweigert und die Bürger so in einem Zustand völliger Desorientierung und Unselbständigkeit hält» (S. 81). Tettamanti eloquente Kritik an der Filzokratie, an der Parteienkonkordanz und am Korporatismus erhebt keinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit, seine Vorwürfe beruhen aber auf scharfen Beobachtungen. Vieles, was fälschlicherweise bei andern Autoren als «Marktversagen» oder als Folgekosten der Liberalisierung diagnostiziert wird (beispielsweise die Korruption), ist für ihn eine Folge von staatlichen Über- und Fehlregulierungen, von «Filz» und von Umverteilungswillkür. Wohin der Teufelskreis des «Gut-Gemeinten» letztlich führt, wird im fünften Kapitel von Bernasconi analysiert: zur Megamaschinerie, d. h. zum bürokratischen Staatsapparat. Vielleicht ist hier daran zu erinnern, dass Bernasconi mit seiner bissigen Kritik an der Maschinerie des real existierenden Staates auch an das Frühwerk von *Karl Marx* anknüpft.

Die beiden Autoren begnügen sich aber in ihrem Manifest nicht mit einer schonungslosen Analyse der heutigen Verhältnisse. Tettamanti skizziert in seinem Schlusskapitel «Vorschläge für einen Gesellschaftsvertrag». Er knüpft an das in der Parteipolitik beliebte Bild eines «neuen Vertrags» an. Dabei kann eine prinzipielle Schwierigkeit nicht verborgen bleiben. Einerseits möchte man die notwendigen Revisionen in der Gesellschaft auf gemeinsame Visionen abstützen und dazu mit einem «Manifest» die Voraussetzungen schaffen. Andererseits wird – zu Recht – immer wieder betont, dass es für die Zukunft weder verlässliche Prognosen noch allgemeingültige Rezepte und Modelle gebe. Trotzdem besteht ein Bedarf nach einem gesamtgesellschaftlichen Minimalkonsens. Gibt es einen solchen angesichts all des Ungewissen, das vor uns liegt? Lässt sich die Idee eines neuen Vertrags mit dem Bekenntnis zum Pluralismus, zur Offenheit und zur Flexibilität,

6 Als Vertreter der Gattung Streitschriften beispielhaft und in seiner Wirkung wohl manchem in einem schönen Sammelband schicklich beerdigten Beitrag weit überlegen: Beat Kappeler, *Regieren statt revidieren, Schriften zur Zeit, Weltwoche, Zürich 1996. Als Streitschrift zu umfangreich, aber bürgernah und unverblüht: Gaspard Schlatter, Geht die Schweiz kaputt? Unser Land am Scheideweg, Verlag Schlöpf, Herisau 1995.*

7 Wie oft säkulare Torchlusspanik mit vielfältigen Projektionen unerfüllter Wünsche einhergeht, dokumentiert die diesbezüglich aufschlussreiche Aufsatzsammlung führender Persönlichkeiten mit dem Titel: *Agenda für das 21. Jahrhundert. Politik und Wirtschaft auf dem Weg in eine neue Zeit, NZZ-Verlag, Zürich 1996.*

mit dem Mut zum Risiko und zur Spontaneität nahtlos verbinden? Was enthält ein solcher Gesellschaftsvertrag an zusätzlichen Inhalten, welche über das Prinzip der Vertragsfreiheit hinausgehen? Die Probleme der Zukunft werden von den Autoren auf drei zentrale Fragen reduziert: Bevölkerungswachstum und Nahrungsmittelproduktion, Überalterung sowie die globalen Spannungen zwischen den industriell entwickelten und nicht-entwickelten Ländern. In allen drei Bereichen gibt es optimistische und pessimistische Szenarien. Tettamanti zählt sich unter bestimmten (beileibe nicht leicht zu erfüllenden!) Voraussetzungen zu den Optimisten: Ein Gesellschaftsvertrag muss eine neue, liberale, globale und kohärente Konzeption sicherstellen, und zwar auf der Basis folgender Elemente: «die Freiheit, die Demokratie, die dem Staat übertragenen Kompetenzen, der Zugang zu Informationen und deren Nutzung, die Produktion und der optimale Einsatz von Ressourcen, die Solidarität als Kennzeichen für ein zivilisiertes Gemeinwesen und das Streben nach Autonomie, die rechtsstaatlich organisierte Justiz als Garant für Chancengleichheit und Schutz vor Willkür» (S. 235). Die beiden Autoren haben bezüglich der sofortigen Realisierung ihres Manifests keine Illusionen. Sie zählen sich zur Generation, welche durch den Zweiten Weltkrieg mitgeprägt wurde und die der kalte Krieg ideologisch nicht kalt liess, eine Generation der Konzeptionen und Programme, der Streitschriften⁶ und Manifeste.

Die aktive Elite dieser Generation möchte – wie etwa auch Bundesrat *Arnold Koller* mit der Verfassungsrevision – nicht nur Debatten führen, sondern noch vor der Jahrtausendwende auch Reformprojekte durchziehen⁷. Die nach 1970 Geborenen, die eigentlichen Adressaten, welche den Schritt ins nächste Jahrhundert aktiv mitgestalten, sind allerdings erfahrungsgemäss eher über Analysen und Fakten als über Manifeste anzusprechen. Trotzdem sollten sie sich mit den Agendas all dieser Programmschriften und Sammelbände aktiv auseinandersetzen und sich von der Fülle der Fakten, Beobachtungen, Erfahrungen, Behauptungen und Vorschläge nicht abschrecken lassen. Aber werden sie das alles lesen und verarbeiten? Und wer hat es zu verantworten, wenn sie es nicht tun? ♦